

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 10 M. monatl. Einzelne Rm. 50 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 5 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 10 M.,
unter Eingelände 12 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Stellungskisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfunktionsbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsbank, Verkaufskiste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den christlichen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 71

Freitag, 24. März

1922

Dresden, 23. März.

Der auswärtige Ausschuß.

(Eigene Meldung.)

Der auswärtige Ausschuß des Reichstages trat gestern vormittag zusammen, um sich über die Änderung des Wiesbadener Abkommens auf der Grundlage der mit Belgien und anderen Staaten getroffenen Abmachungen zu unterhalten. Die Sitzung wurde nach einestunden Stunden unterbrochen, da inzwischen die Note der Reparationskommission eingelaufen war.

Der Sitzung wohnten sowohl der Reichskanzler Dr. Brüning als auch Außenminister Dr. Rathenau bei. Dr. Rathenau wollte vertraulich Erklärungen zu dem von ihm abgeordneten Abkommen machen. Nach Eröffnung der Sitzung durch Dr. Stresemann erging zunächst der Abg. Damm (Dtsch. Sp.) das Wort, nach dem der Reichskanzler die Erklärung abgab, daß die Note der Reparationskommission soeben eingetroffen sei. Unter dem Eindruck der neuen Forderungen der Entente, wonach Deutschland im Laufe des Budgetjahres 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark an neuen Steuern aufbringen muß, wovon bis zum 31. Dezember 1922 40 Milliarden sichergestellt sein sollen, sprach sich die Mehrheit des Ausschusses für den Abbruch der Verhandlungen aus, um in einer möglichst schnell einzuberufenden neuen Sitzung zu der geschaffenen schwierigen politischen Lage Stellung zu nehmen.

Der Ausschuß wird heute oder spätestens morgen zu einer Aussprache über die neuen Ententeforderungen zusammentreten.

Der Reichskanzler zur Lage.

Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ erfährt, wird der Reichskanzler am nächsten Sonntagabend eine große Rede über die allgemeine politische Lage halten.

Dr. Wiedfeldts politisches Glaubensbekenntnis.

Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ veröffentlicht die Unterredung eines ihrer Mitarbeiter mit dem zum deutschen Botschafter in Washington ernannten bisherigen Direktor der Krupp-Werke, Dr. Wiedfeldt, in der mitgeteilt wird, daß Dr. Wiedfeldt erklärt habe, sich Ende April nach Washington zu begeben. Bezüglich seiner politischen Ansichten sagte Dr. Wiedfeldt, daß er ein Gegner der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages gewesen sei, daß wie jedoch nach dessen Ratifizierung unser möglichstes tun müßten um den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Die wirkliche Erfüllungspolitik sei für Deutschland das einzig Gegebene. Ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika sei freilich eine Erfüllung des Reparationsproblems unmöglich.

Zur Vermeidung des Sparministers.

(Eigene Meldung.)

Zu den Etatsberatungen, die in nächster Woche vom Reichstag aufgenommen werden, werden die Vorarbeiten inzwischen vom parlamentarischen Spar-Ausschuß geleistet, der sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammensetzt. In diesem Ausschuß sind bereits, wie aus dem parlamentarischen Seite mitgeteilt wird, viele Streichungen in allen Etats vorgenommen worden. Wie wir weiter erfahren, werden die deutschnationalen im Ausschuß beantragen, je einen befähigten Beamten aus allen Verwaltungskörpern zu entnehmen und aus diesen Beamten eine Kommission zu bilden, die über die Ausgaben in den einzelnen Verwaltungen zu wachen und auf Sparfaktoren zu sehen hat. Durch die Bildung dieser Kommission könnte, nach deutschnationaler Auffassung, die Schaffung des von der Volkspartei geforderten kostspieligen Sparministeriums vermieden werden.

Die neuen Forderungen.

Die nunmehr im Wortlaut vorliegende Note der Reparationskommission über die deutschen Verpflichtungen für das Jahr 1922 entspricht im wesentlichen der Forderung, die wir gestern veröffentlichten. Nachzutragen sind noch die folgenden Einzelheiten:

Die Zahlungen, die von Deutschland zwischen dem 1. Mai 1921 und dem 31. Dezember 1922 an eine Kasse bewilligt werden, die wegen ihrer Befähigung zum Ausgleich der Kosten der Besatzungsarmee während desselben Zeitraumes verwendet werden. Nur ein etwa verbleibender Restbetrag soll gleichzeitig mit den Zahlungen zum Ausgleich der Reparationskassensummen nach Festlegung von Art. 4 des Zahlungsplanes vom 4. Mai 1921 gutgeschrieben werden. Der Unterschied zwischen den auf Grund des Zahlungsplans und wegen der Besatzungsarmee geschuldeten und den 1921 und 1922 tatsächlich gezahlten Summen soll zusätzlich 5 Proz. jährlicher Zinsen eine Schuld Deutschlands bleiben, die über die Annuität des Zahlungsplans hinaus von ihm abgedeckt werden soll, sobald die Reparationskommission es dazu in der Lage erachtet.

Zur Gewährleistung soll zunächst ein provisorischer Charakter haben. Am 31. Mai wird die Kommission prüfen, was von der deutschen Regierung gefordert ist, um den von der Reparationskommission in ihrem heutigen Schreiben erwähnten Bedingungen Genüge zu leisten. Nach dieser Prüfung wird die Kommission den provisorischen Entwurf entweder bestätigen oder für unwirksam erklären. Wird er für unwirksam erklärt, so werden die auf Grund der Entscheidung vom 13. Januar 1922 und der gegenwärtigen Entscheidung vorläufig geschuldeten Summen eingezogen werden können und müssen an den auf die Ungültigkeitserklärung folgenden 14 Tagen bei Vermeidung der Inkassierung des § 17 der Anlage 2 des Art. 8 des Vertrags vorgesehenen Verfahrens gesammelt werden. Sollte im Falle der Bestätigung des Entwurfs die Reparationskommission zu einem späteren Zeitpunkt eine Verschätzung Deutschlands bei Erfüllung der im einzelnen aufgeführten Bedingungen feststellen, so würde der Ausschuß für ungültig erklärt und der Zahlungsplan, so wie er Deutschland am 5. Mai 1921 mitgeteilt worden ist, vom Tage der Ungültigkeitserklärung des Ausschusses wieder in Kraft gesetzt werden.

Schließlich soll bis zum 30. April ein Programm gegen die Kapitalflucht, ein Programm über die Kontrolle der Ausgabe und ein allgemeines Programm zur Sicherstellung der Währtheit des Gegenwertes der deutschen Ausgabe aufgestellt werden. Mit der deutschen Regierung soll auch ein Verfahren festgelegt werden, um die Kontrolle über die Ausgabe und über den Eingang der Devisen wirkungsvoller zu gestalten. Endlich wird von der deutschen Regierung verlangt, daß sie alle nötigen Maßnahmen ergreife, um die Währtheit der nach dem Auslande geschafften Kapitalien zu ermöglichen. Um in Zukunft die Kapitalflucht zu verhindern und um den Eingang der schon ausgeführten Kapitalien zu ermöglichen, wird die Reparationskommission eine besondere Prüfung vornehmen. Endlich wird verlangt, daß vor dem 31. Mai gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden, um die volle Unabhängigkeit der Reichsbank gegenüber der deutschen Regierung sicherzustellen. Die deutsche Regierung soll auch vor dem 31. Mai eine Wertpapierpolitik wirtschaftlicher und finanzieller Art bekanntgeben. Die Reparationskommission behält sich übrigens vor, noch auf einzelne Fragen, die augenblicklich in der Schwebe sind, in einer besonderen Mitteilung zurückzukommen.

Das Reichskabinett hat sich gestern mit der Entscheidung der Reparationskommission noch nicht befaßt. Die Reparationsfrage wird erst auf der Tagesordnung der heutigen Kabinettsitzung stehen. Dagegen fand gestern abend beim Reichspräsidenten eine Besprechung statt, an der die für das Reparationsproblem zuständigen Minister teilnahmen, und die als eine Vorbereitung für die Grundlage der

Kabinettsitzung gedacht war. Nach einzelnen Präzisionen werden sich erst im Laufe des heutigen Tages mit dem Beschluß der Reparationskommission beschäftigen. Der erste Eindruck über den Inhalt des neuen Vorschlages war, so schreibt uns unser Berliner Vertreter, allgemein ein sehr niedriger. Später machte sich dann allerdings eine ruhigere Auffassung geltend. Was die wirtschaftliche Seite der Forderungen der Entente angeht, so ist man sich allerdings darüber klar, daß die 60 Milliarden M. nicht aufgebracht werden können, ohne zu einer völligen Zerrüttung der deutschen Wirtschaft zu führen. Die politische Seite der Note wird naturgemäß von den einzelnen Parteien verschieden beurteilt. Die deutschnationalen setzen auf dem Standpunkt, daß die Politik des Kabinetts Brüning endgültig gescheitert sei, und daß infolgedessen der Reichskanzler und der Außenminister Dr. Rathenau, deren Votanzsagen sich nicht bewahrt hätten, von ihren Ämtern sofort zurücktreten müßten. Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei ist zunächst noch unklar und vorwiegend abwartend. Die Partei will sehen, was Dr. Brüning und Dr. Rathenau unternehmen werden. Auch das Zentrum schließt sich abwartend, während die Demokraten erklären, daß es sich in der Hauptsache um die Frage handle, ob man die Politik der Erfüllung des Versailler Vertrages fortführen wolle oder nicht. Im ersten Falle bleibe nichts anderes übrig, als die Forderungen der Reparationskommission so gut als möglich zu erfüllen. Nach Ansicht der sozialdemokratischen Partei gehen die Forderungen weit über das tragbare Maß hinaus. Immerhin hält die Partei es für notwendig, den Versuch zu machen, die neuen Forderungen soweit als möglich zu erfüllen. Daß dies nicht völlig gelingen wird, ist auch in diesen Kreisen feste Überzeugung. Die Unabhängigen sind gleichfalls der Ansicht, daß die wirtschaftliche Seite der Note unhaltbar ist. Sie glauben andererseits aber doch, daß eine härtere Befragung des Restes notwendig werde. Sie beharren die Festlegung des Termins auf den 31. Dezember 1922, bis zu dem 40 Milliarden gezahlt sein sollen, weil so nur der Ausweg bleibt, die Verbrauchssteuern zu erhöhen, denn nur diese gehen pünktlich bis zu diesem Zeitpunkt ein.

Eine der wichtigsten Fragen bei Beurteilung der Note ist naturgemäß die Frage, die durch die Kontrolle und die Einmischung in die deutschen Verhältnisse aufgeworfen wurde. Sie ist nach Ansicht auch der linksstehenden Parteien von so großer Bedeutung, daß eingetragene Verhandlungen notwendig sein werden, bis man sich hierin auf eine bestimmte Linie festlegen kann.

Die Berliner Abendblätter betonen mit seltener Einmütigkeit die Unmöglichkeit der Erfüllung der neuen Ententeforderungen.

Dem „Vorwärts“ zufolge wird die neue Entscheidung in allen Schichten des deutschen Volkes, nicht am wenigsten in Arbeiterkreisen, größte Erregung hervorrufen. „Es gibt“, so schreibt das Blatt, „keinen Menschen in Deutschland, der den gegenwärtigen Zustand, wie er in der Entscheidung der Reparationskommission klar zutage tritt, vollkommener und staatsrechtlich als erträglich betrachtet. Was man nicht einen Weg geben, der zur völligen Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit Deutschlands führt, dann muß das Schuldverhältnis Deutschlands zu den Alliierten (sobald als möglich zu einem normalen gemacht werden; d. h. es muß ein Ende haben mit dem Besetzen der Zwangsregierungen, der kaum noch verhaltenen Schuldenhaftigkeit.“

Die „Freiheit“ erklärt: „Die Verbindung der Zahlungsbedingungen mit den Garantieforderungen schafft eine außerordentlich schwierige Situation. Trotz ihrer Minderer sind die Zahlungsverpflichtungen so umfangreich, daß sie die Herstellung des Gleichgewichts im Budget in so mechanischer Weise und in so kurzer Zeit, wie es die Reparationskommission will, kaum möglich erscheinen lassen. Hinter der Nichterfüllung aber lauert die Drohung weiterer Eingriffe und Maßnahmen. Das verschlimmert die Situation, weil (Fortsetzung Seite 2.)“

Die Entscheidung.

Es gibt Leute, die der Ansicht sind, daß das Studium der Weltgeschichte zwecklos sei, weil die Menschen niemals aus der Geschichte lernen. Die Entscheidung der Reparationskommission über die diesjährigen Zahlungsverpflichtungen Deutschlands, die wir gestern mitteilen und heute ergänzen, bestätigen diese skeptische Auffassung von der Fähigkeit der Menschen, aus den Erfahrungen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Die Dinge sind gekommen, ganz wie schon einmal bei dem Londoner Diktat, und alle praktischen Beweise für die Unfruchtbarkeit und Unfähigkeit einer Katastrophepolitik sind vergeblich gewesen.

Lange genug haben die Leser der deutschen Zeitungen mit Vermutungen über die „Garantien“ sich abgeben lassen müssen, welche die Reparationskommission von Deutschland für die Genährung des Roratatoriums verlangen würden. Die schlimmsten Erwartungen und Voraussetzungen sind wieder einmal weit übertraffen worden. Die Reparationskommission verlangt nicht nur eine genaue Kontrolle über das deutsche Budget, die deutsche Währung und die deutsche Wirtschaft, sondern sie stellt auch noch andere, ganz unerfüllbare Bedingungen. Neben der Durchführung aller von der Reichsregierung bereits versprochenen Maßnahmen zur Herstellung des Budgetgleichgewichts und neben allen im Steuerkompromiß bereits enthaltenen neuen Steuern wird bereits für das Budgetjahr 1922/23 die Ausbringung von weiteren 60 Milliarden Papiermark durch noch höhere Besteuerung verlangt. Die Erfüllung dieser ganz neuen Forderung ist politisch ebenso unmöglich wie wirtschaftlich. Mit größter Mühe haben die deutschen Parteien, vielfach unter opferbereitem Bezug auf alle Steuergrundlagen sich auf ein Kompromiß geeinigt, das nach übereinstimmender Ansicht aller Parteien wie der Regierung das Äußerste darstellt, was aus der deutschen Volkswirtschaft herausgezogen werden könnte. Wie sollen die 60 bez. 40 Milliarden, die darüber hinausverlangt werden, aufgebracht werden? Daß die direkten Steuern in Deutschland das Maß des Menschlichen längst erreicht, vielleicht schon überschritten haben, ist selbst von Seiten der Entente längst zugestanden worden. Ebenso sind die Verschuldungsbedingungen nicht mehr zu steigern. Es bliebe also nur die Erhebung weiterer indirekter Steuern übrig. Das bedeutet aber die völlige Verelendung der deutschen Bevölkerung. Es ist auch wahrscheinlich, daß bei weiterer Erhöhung der indirekten Besteuerung die erwarteten Steuererträge überhaupt nicht mehr eingeht. Dazu kommt noch, daß die Reparationskommission ausdrücklich die automatische Anpassung der geforderten Zinsfußsteuern an die fortschreitende deutsche Geldentwertung verlangt. Sie ist sich also selbst darüber klar, daß die Erfüllung aller ihrer Bedingungen und Garantien eine ungeheure weitere Entwertung der deutschen Mark sein muß.

Die Bedingungen dieses neuen Abkommens bringen nicht nur eine sehr weitgehende Finanzaufsicht, sondern sie vernichten eigentlich überhaupt die gesamte Finanzhoheit des Deutschen Reiches. Das Budgetrecht und das Steuerbefehlrecht des Parlamentes wird illusorisch gemacht. Die genaueste Festlegung der Fristen für die Annahme und die Durchführung der verlangten neuen Steuern machen den Reichstag zu einem ausführenden Organ der Reparationskommission. Das alles ist so unerbittlich, wie es nie einem selbständigen und politisch weisen Volke zugemutet worden ist. Aber die innerpolitischen Folgerungen, die aus den Beschlüssen der Reparationskommission gezogen werden müssen, kann im Augenblicke noch gar nicht entscheidend beurteilt werden. Aber es ist schon heute klar, daß die Grundlagen der Erfüllungskabinetts Brüning aufs schwerste gefährdet werden. Neben der außenpolitischen steht wieder eine innerpolitische Krise vor der Tür.

Was nun geschehen soll, weiß zunächst niemand. Die Presse aller deutschen Parteien scheint einzig in der Überzeugung zu sein, daß die geforderten Bedingungen nicht erfüllt werden können. Wir sind also heute wieder ebenso weit wie nach dem Londoner Ultimatum. Aberall herrscht das Gefühl tiefer Enttäuschung. Alle politischen Parteien der Parteien Dr. Brüning und Dr. Rathenau, die eheliche Erfüllungswille und ihre angelegten Bestreben, diesen auch